

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche hat der Bundestag über den **Haushalt für 2013** abgestimmt. Peer Steinbrück hat in der Generaldebatte dazu klar aufgezeigt, wo die schwarz-gelbe Bundesregierung versagt. Schon jetzt ist sein Ausspruch legendär: „Jede Frittenbude wird besser gemanagt als Ihre Energiewende.“ Bei der Energiepolitik gibt es – wie in den meisten anderen Politikfeldern auch – nur Gipfel statt Strategien, Palaver statt Lösungen. Union und FDP verweigern sich, wenn es darum geht, die Spaltung des Arbeitsmarktes zu bekämpfen. Steinbrück machte deutlich, dass die Kanzlerin selbst für die schlechte Regierungsbilanz verantwortlich ist: „Sie schweben nicht wie eine Präsidentin über Ihrem Kabinett. Wir haben nämlich schon einen Präsidenten. Sie sind als Chefin direkt verantwortlich für Ihr Kabinett und die schlechte Arbeit!“ Die Bürgerinnen und Bürger merken, dass Schwarz-Gelb nur die Interessen von einigen wenigen in unserem Land bedient. 70 Prozent der Deutschen sagen, die Regierung Merkel betreibe nur Klientelpolitik. 65 Prozent sagen, die Regierung Merkel kümmere sich nicht um die Zukunftsprobleme des Landes.

Am Mittwoch hatten wir eine Sondersitzung der SPD-Fraktion zu **Griechenland**. Der Bundeshaushalt, der diese Woche beschlossen wurde, ist im Prinzip schon nächste Woche wieder veraltet. Die Regierung kann neue Griechenland-Hilfen, die aller Voraussicht nach notwendig sein werden, weder beziffern noch kann sie erklären, woher das Geld kommen soll. Wir wissen nur, dass die Situation in Griechenland unseren Haushalt im nächsten Jahr belasten wird. Hier müssen endlich die Fakten auf den Tisch!

Am Donnerstagnachmittag hat der Bundestag über die viel diskutierte **religiöse Beschneidung von Jungen** debattiert. Mich haben in der letzten Zeit viele Zuschriften er-



**Berlin-Brief, Ausgabe 128**  
**23. November 2012**

*Meine Termine*

**Podiumsdiskussion: Unser neues EU-Mitglied Kroatien**

23.11.2012, 19 Uhr, Schwäbisch Hall, Musikschule, Salinenstraße 6-10

**Fachbeirat Integration des SPD-Landesverbandes**

24.11.2012, 13 Uhr, Stuttgart, Landtag, Friedrich-Ebert-Saal

**Internationales Begegnungsfest**

24.11.2012, 18 Uhr, Brackenheim, Bürgerzentrum

**Politischer Frühschoppen: 50 Jahre SPD Gemmingen**

25.11.2012, 10.30 Uhr, Gemmingen, Festhalle Stebbach

**Sitzungswoche des Deutschen Bundestages**

26. bis 30.11.2012, Berlin

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*



reicht, in denen es um das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit einerseits, um das Recht auf Religionsfreiheit andererseits geht. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsieht, dass Eltern sich für die religiöse Beschneidung ihres minderjährigen Sohnes entscheiden können, wenn diese nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt wird. Zu diesem Gesetzentwurf gibt es einen Änderungsantrag, dem auch ich mich angeschlossen habe. Wir fordern darin zusätzliche Regelungen für die Durchführung der Beschneidung wie weitere ärztliche Beratungen und Anforderungen an die Schmerzbehandlung des Kindes. Die Beschneidung von Jungen ist überall auf der Welt zulässig. Ich bin der Meinung, dass eine gesetzlich sehr strenge Regelung zu mehr Problemen als bisher führen würde. Aus meinen Diskussionen mit jüdischen und islamischen Gläubigen habe ich die Befürchtung, dass Beschneidungen dann im Ausland oder unter der Hand durchgeführt werden – was für die Gesundheit der Kinder fatal wäre. Daher glaube ich, dass eine gesetzliche Regelung nicht zu strikt sein darf. Vielmehr müssen die kulturellen Bedürfnisse der Religionsgemeinschaften mit dem Kindeswohl in einen – sicherlich sehr schwierig zu findenden – Einklang gebracht werden.

**Zwei außenpolitische Themen** haben die Diskussionen in dieser Woche in Berlin geprägt:

**Zum einen bereitet die neuerliche Eskalation der Gewalt zwischen Israel und der Hamas in Gaza Anlass zur Sorge.** Israel hat jedes Recht, sein Territorium und seine Bevölkerung gegen den Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen zu schützen. Es darf aber nicht sein, dass es deswegen im Nahen Osten zu einer Spirale der Gewalt kommt, die leicht zu einem nicht beherrschbaren Flächenbrand werden kann. Wir brauchen dringend einen neuen Anlauf im Nahostfriedensprozess!

**Zum anderen hat die Türkei am Mittwoch die Unterstützung der NATO für die Grenzsicherung zu Syrien angefordert.** Die Türkei ist unser NATO-Partner und hat Anspruch auf Unterstützung, wenn ihr Staatsgebiet und ihre Bürger angegriffen werden und ernsthaft bedroht sind. Wir alle lesen und hören seit langem die Nachrichten von dem leider immer noch andauernden Bürgerkrieg in Syrien – auch direkt an der Grenze zur Türkei. Die Patriot-Raketen dienen der Luftabwehr. Damit sollen syrische Angriffe verhindert werden. Es ist wichtig, dass dieser Einsatz rein defensiv erfolgt. Es gibt drei NATO-Staaten, die die von der Türkei angeforderten Patriot-Raketen besitzen: Die Niederlande, die USA und wir. Wir dürfen hier keinen Alleingang machen, sondern müssen gemeinsam mit unseren Partnern agieren. Der Bundestag wird im Dezember über das Mandat zur Entsendung der Raketen entscheiden. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen